

# Mehrwertsteuer-Reform ein Rohrkrepiierer?

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Eine Blick-Schlagzeile „Steuerschock: Lebensmittel werden CHF 760 Mio. teurer“ genügte, und schon droht die von Finanzminister Hans-Rudolf Merz geplante Vereinheitlichung und Vereinfachung der Schweizer Mehrwertsteuer zum Rohrkrepiierer zu werden. Die Vorlage wurde noch nicht einmal in der Kommission des Nationalrates behandelt, und schon signalisiert Bundesrat Merz, dass er einen tieferen Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel nicht ausschliesse. Damit würde die angestrebte Vereinfachung und Vereinheitlichung bereits wieder unterlaufen. Die Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke machen gemäss der neusten Einkommens- und Verbrauchserhebung des Bundesamtes für Statistik gerade noch 8,1% aus. Dass aber auf vielen der übrigen rund 92% Haushaltsausgaben eine Entlastung vorgesehen ist, davon war nichts zu lesen. Es ist bedenklich, wenn sich die Politik des Bundesrates nach den Schlagzeilen der Boulevardpresse richtet, wenn nicht mehr das Wohl des Volkes, sondern das Image des Bundesrates in den Redaktionsstuben der Ringier-Presse für politische Entscheide ausschlaggebend ist.

Die gleiche Zeitung verschwieg auch, dass die gleichen Bürgerinnen und Bürger seit 1995 jedes Jahr CHF 1,5 Mrd. mehr Mehrwertsteuer bezahlen, als anlässlich des Systemswechsels von der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer in Aussicht gestellt wurde. Damals rechnete man gemäss Abstimmungsbüchlein zwar mit Mehreinnahmen von rund CHF 1,4 Mrd. Effektiv resultierten aber bereits im ersten Jahr zusätzliche Einnahmen von CHF 3 Mrd. Die Steuerzahler verloren durch die zusätzliche Steuerbelastung weitere CHF 1,6 Mrd. an Kaufkraft, was immerhin rund 0,7% des damaligen Privatkonsums entsprach. Und da wundert man sich über den schleppenden Konjunkturverlauf der Neunzigerjahre. Wo blieben da die Aufschreie? Geradezu als Verhöhnung der Steuerzahler liess sich in diesem Zusammenhang die Behauptung in der ursprünglichen Botschaft des Bundesrates vom 18. Dezember 1991: Die Vorlage ist ausserdem haushaltsneutral: Für den Bund ergeben sich weder Mehreinnahmen noch Einnahmeausfälle.

Worum geht es bei der geplanten Mehrwertsteuer-Reform? Der Bundesrat beabsichtigt den heute gültigen generellen Satz von 7,6% auf 5%-6%, auf das tiefste Niveau in Europa zu senken. Gleichzeitig sollen aber der teilweise aus sozialen Gründen reduzierte Satz für Nahrungsmittel, Bücher etc. und der Sondersatz für das Beherbergungsgewerbe aufgehoben werden. Bereits anfangs 2006 soll die Vorlage in die Vernehmlassung gehen. Die Hotellerie wird derzeit pro Jahr im Umfang von rund CHF 125 Mio. steuerlich entlastet, weil ihre Umsätze für Übernachtungen inklusive Frühstück mit einem Mehrwertsteuersatz von nur 3,6% belastet werden. Eine Reduktion des generellen Mehrwertsteuersatzes auf 6% würde hingegen zu Steuerausfällen von rund CHF 4 Mrd. führen, weil jedes Mehrwertsteuerprozent rund CHF 2,8 Mrd. in die Bundeskasse einspielt. Eine Senkung auf 5% würde sogar nach einer Kompensation von CHF 7 Mrd. rufen, denn die Mehrwertsteuerreform soll aufkommensneutral erfolgen. Wie sollen nun die übrigen Steuerausfälle wettgemacht werden? Der Löwenanteil dürfte auf die Abschaffung der Ausnahmen stammen, deren 25 im Mehrwertsteuergesetz verankert sind. Ein weiterer Teil wird aus der Aufhebung des reduzierten Satzes von heute 2,4% auf den neuen Einheitssteuersatz resultieren. Die Milliardenbeträge zeigen, dass über die

Mehrwertsteuerdifferenzierung und die Ausnahmeregelungen eine massive Umverteilung erfolgt. Die Privilegierten dürften sich deshalb gegen die geplante Mehrwertsteuerreform zur Wehr setzen. Wenn man sich die wichtigsten betroffenen Profiteure des heutigen Regimes vor Augen führt, dann dürfte eine Umsetzung der Reform sehr dornenvoll sein und ein Scheitern ist leider nicht auszuschliessen, auch wenn sich viele Bürgerinnen und Bürger endlich eine Vereinfachung der heute gegen 3000 Seiten umfassenden Gesetze und Verordnungen im Mehrwertsteuerbereich herbeisehnen.

Ganz ohne Ausnahmen wird allerdings auch die vereinheitlichte Mehrwertsteuer nicht auskommen, denn Finanzgeschäfte (Zinsen, etc.), Wohnungsmieten, hoheitliche Akte und Sozialversicherungen sollen auch inskünftig befreit sein. Ohne eine solche Befreiung wäre dieses Steuerprojekt bereits heute reine Illusion, wenn man bedenkt dass die Mieter, die Versicherten und die Kreditnehmer die Mehrheit der Stimmbürger verkörpern. Die Palette der heutigen Mehrwertsteuerbefreiung ist sehr breit gefächert und es sind nicht nur die Spitalbehandlungen und die ärztlichen Dienste, die Umsätze der Zahnärzte bis zu den Physiotherapeuten und Hebammen oder gar die Lieferungen von menschlichen Organen, die neu der Mehrwertsteuer unterworfen wären. Auch Umsätze, die von Einrichtungen der Sozialfürsorge, der Sozialhilfe oder von gemeinnützigen Organisationen wie Spitex etc. erbracht werden, würden steuerpflichtig. Nebst dem Gesundheitsbereich werden bei einer konsequenten Mehrwertsteuerreform aber auch die Aktivitäten im Bereich der Erziehung und Bildung sowie die Umsätze nicht-gewinnstrebiger Einrichtungen mit politischer, gewerkschaftlicher, wirtschaftlicher, religiöser etc. Zielsetzungen, die diese für ihre Mitglieder gegen einen statutarisch festgesetzten Beitrag erbringen, besteuert. Und der dritte grosse Lobbyistenkreis, aus dem sich der Widerstand formieren wird, sind die Kulturschaffenden, die für ihre Dienstleistungen, angefangen von Theater-, musikalischen oder choreographischen Aufführungen bis zu Umsätzen der Kunstmaler, Bildhauer, Verleger und der Verwertungsgesellschaften aber auch für Veranstaltungen wie Basare und Flohmärkte mehrwertsteuerpflichtig werden.

Angesichts dieser Übermacht von Profiteuren des heutigen Steuersystems dürfte eine Reform nur schwer durchführbar sein, zumal die Linke bereits wieder die öffentliche Hand, d.h. den Service Public, von der Steuerpflicht bzw. der Satzanhebung befreien will, womit massive Marktverzerrungen vorprogrammiert sind. Ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz ist allerdings Voraussetzung für die nächste Stufe der Steuerreform, von der zwar erst wenige sprechen, aber die angesichts des zunehmenden Steuerwettbewerbes in Europa auch in der Schweiz schon bald zu einem Thema werden wird: die Flat Tax.